

Offener Brief an alle Christinnen und Christen in Berlin

Berlin, den 4. September 2006

Viele von uns und Ihnen wählen seit langem rot oder grün. So liegt der Prozentsatz der evangelischen Christen, die der SPD und den Grünen ihre Stimme geben, seit Jahren gleichbleibend bei etwa 55% (45 % SPD und 10% GRÜNE). Ihnen sind soziale und ökologische Themen offensichtlich ein großes Anliegen. Dabei haben viele jahrelang in Kauf genommen, dass diese Parteien das Thema Religion und Religionsfreiheit bewusst missachtet, bisweilen sogar verachtet haben.

In der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD eine zukunftsweisende und nachhaltige Reform religiöser Bildung in Berlin verhindert. Die Berliner SPD hat - sogar gegen den Rat der Bildungsexperten in der eigenen Partei - eine Wahlmöglichkeit zwischen Religion und Ethik rigoros abgelehnt und einen Ethikunterricht zur obrigkeitlichen Pflicht gemacht, der notwendig den freiwilligen Religionsunterricht schädigen muss.

Konnten evangelische Christen die jahrelange Diskriminierung ihrer eigenen Anliegen noch mit dem Argument verteidigen, bei Wahlen gehe es nicht um die Wahrung kirchlicher Interessen, sondern um das soziale Ganze, so ist mit der Entscheidung gegen einen Wahlpflichtbereich Ethik/Religion ein Anschlag auf die Religionsfreiheit verübt worden. Religionsfreiheit umfasst immer beides: die Freiheit, mit Religion nichts zu tun haben zu müssen, aber eben auch die Freiheit, sich für Religion und Religionsunterricht entscheiden zu können. Diese Einschränkung der Religions- und Bildungsfreiheit muss die Gewissen politisch engagierter Christen in unserer Stadt wachrütteln.

Es geht hier nicht um klerikale Interessen, sondern um eine fundierte religiöse Bildung und um stabile interreligiöse Kompetenzen künftiger Generationen - und damit auch um den religiösen Frieden in dieser Stadt. SPD und GRÜNE haben sich zusammen mit der PDS aus überholten ideologischen Gründen geweigert, das bewährte und dem Grundgesetz entsprechende Modell religiöser Bildung in Berlin einzuführen.

Gerade wenn man sich als Christ sozialdemokratischen und grünen Programmen verbunden fühlt, muss man die jetzt in diesen Parteien Verantwortlichen durch ein anderes Wahlverhalten am 17. September darauf aufmerksam machen, dass ihre religions- und bildungspolitischen Fehler nicht folgenlos bleiben. Nur so werden die Anliegen der Christen von diesen Parteien künftig hinreichend ernstgenommen werden.

Wir bitten Sie deshalb, genau zu überlegen, ob Sie bei den kommenden Wahlen Ihre Stimme den Parteien geben wollen, die mutwillig die Einführung eines Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion verhindert haben und weiterhin verhindern wollen. Bitte bedenken Sie, dass Wahlen keine Bekenntnissache sind. Sie sind eine Möglichkeit, Parteien zu kritisieren und dazu zu bewegen, Fehler zu korrigieren.

Die Unterzeichner legen Wert auf die Feststellung, dass sie als freie Bürger und nicht für eine oder im Auftrag einer Institution handeln.

*Prof. Dr. Andreas Feldtkeller, Prof. Dr. Rüdiger Liwak,
Prof. Dr. Matthias Köckert, Prof. Dr. Heinz Ohme,
Prof. Dr. Rolf Schieder, Prof. Dr. Gerlinde Strohmaier-Wiederanders,
Prof. Dr. Dorothea Wendebourg*